



**GENSHAGENER
FORUM**

für deutsch-
französischen Dialog

**FORUM DE
GENSHAGEN**

pour le dialogue
franco-allemand

Kurzbericht zum VI. Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog

26.11.2015 - 27.11.2015

Das VI. Genshagener Forum für deutsch-französischen Dialog beschäftigte sich am 26./27. November 2015 mit dem Thema „**Ist die europäische Sicherheitspolitik den Herausforderungen der Zukunft gewachsen? Weichen für die nächsten 20 Jahre**“. Referenten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten mit rund 100 Vertretern aus Frankreich und Deutschland.

Dieses Jahr wurden zudem **deutsche und französische Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik** in das Genshagener Forum eingebunden, die zusätzlich zu den Referenten ihre Expertise einbringen konnten.

Mit einem schwelenden Konflikt in der Ukraine und dem Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates im Irak und Syrien sieht sich Europa im Jahr 2015 von Krisenherden umgeben. Mit der zunehmenden Instabilität in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der Europäischen Union bot das VI. Genshagener Forum Raum für interdisziplinäre, in die Zukunft gerichtete Diskussionen zum Thema Sicherheit. Die Anschläge vom 13. November 2015 in Paris brachten traurige Gewissheit über die anhaltende Relevanz der diesjährigen Schwerpunktsetzung.

In seiner Eröffnungsrede forderte Pierre Vimont (*ambassadeur de France* und ehemaliger Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes) mehr Realismus in der europäischen Außenpolitik. Es fehle häufig an übereinstimmenden geopolitischen Analysen auf europäischer Ebene, aus denen sich langfristige europäische Strategien ableiten ließen. Die gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union versuche zwei verschiedene Prinzipien miteinander zu verbinden: die Diplomatie der Nationalstaaten, die im eigenen Interesse Allianzen eingehen; und die intergouvernementale Diplomatie unter Einbindung der Kommission, die auf die Durchsetzung internationalen Rechts pocht. Daraus ergeben sich – beispielsweise wegen unterschiedlicher Auffassungen über privilegierte Partnerschaften mit außereuropäischen Ländern – Interessenkonflikte innerhalb der EU, die es in Zukunft offen zu diskutieren gilt. Pierre Vimont wies aber auch auf Fortschritte hin und formulierte einige wesentliche Voraussetzungen für das Gelingen von EU-Missionen (die gesamte Rede [hier im Stream](#)).

In der **anschließenden Debatte** zwischen Pierre Vimont, Dr. Franziska Brantner (MdB Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Dominique David (Berater des Vorsitzenden des Institut français des relations internationales (IFRI), Chefredakteur der Zeitschrift *Politique étrangère*) und Jens Hanefeld (Leiter Internationale Politik, Außen- und Regierungsbeziehungen, Volkswagen AG) wurde der Bezug zu aktuellen sicherheitspolitischen Entscheidungen hergestellt. Dabei wurden unter anderem die Notwendigkeit unterstrichen, den Begriff des „Krieges“ zu definieren sowie eine gemeinsame geographische und geopolitische Definition der Europäischen Union und der Interessen ihrer Mitgliedstaaten (Schutz der Außengrenzen, Umgang mit Flüchtlingen, Kampf gegen Terrorismus) zu finden. Die Anrufung des EU-Beistandsartikels 42.7 durch den französischen Präsidenten Hollande

nach den Terroranschlägen von Paris wurde ebenfalls kontrovers diskutiert.

In zwei parallel stattfindenden **Gesprächskreisen** am Nachmittag wurde die Sicherheitslage in der Ukraine und in Afrika und deren Anforderungen an die EU-Außenpolitik erörtert. Als Antwort auf die Ukrainekrise wurde im **ersten Gesprächskreis** eine Stärkung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit und Solidarität mit den mittelosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten gefordert. Die Möglichkeiten einer gemeinsamen Friedensordnung unter Einbeziehung Russlands wurden unter den deutschen und französischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern kontrovers diskutiert. Dabei wurde die Notwendigkeit einer Kooperation mit Russland in Syrien hervorgehoben, und betont, dass die Ukraine für Russland nach wie vor eine Priorität darstelle.

Im **zweiten Gesprächskreis** wurde diskutiert, welche Möglichkeiten Europa habe zu Sicherheit und Stabilität in Afrika beizutragen. Referenten aus Wissenschaft und Praxis diskutierten die Erfolge und Versäumnisse der bisherigen europäischen Politik in Afrika. Unter anderem herrschte Einstimmigkeit über die Notwendigkeit, Afrika Unterstützung anzubieten. Allerdings unter der Bedingung, nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ zu agieren, sondern für Kohärenz und Wirksamkeit der Entwicklungshilfe in Afrika zu sorgen. Dabei wurde wiederholt die fehlende Globalstrategie der Europäischen Union betont. Außerdem wurden Forderungen laut nach einer größerer Transparenz, einer besseren Abstimmung von Interventions- und Entwicklungspolitik und einer weitsichtigeren Planung – beispielsweise im Rahmen eines europäischen Weißbuchs und durch einen „*Comprehensive Approach*“.

„Ist Europa Spielball oder Gestaltungsmacht in der Sicherheitspolitik?": Unter dieser Fragestellung wurden die Ergebnisse aus den Gesprächskreisen in einer **Debatte am zweiten Tag** der Konferenz vorgestellt und diskutiert. Es wurde empfohlen, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas nicht nur durch die Brille der NATO zu betrachten. Ein Kommentar des polnischen Botschafters in Berlin, Herr Jerzy Margański, bot in dieser Hinsicht eine sinnvolle Ergänzung der deutsch-französischen Sichtweise.

Die **Abschlussdebatte** stand ganz im Zeichen der jüngsten Entwicklungen nach den Anschlägen von Paris: „Zwischen Terror und heißem Krieg – Die Sicherheit Europas nach dem 13. November 2015“. Große Übereinstimmung herrschte unter den Diskutanten, Maxime Lefebvre (Botschafter und ehemaliger Ständiger Vertreter Frankreichs bei der OSZE in Wien) und Michael Georg Link (Direktor des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau, Staatsminister im Auswärtigen Amt a.D.), dass nicht allein eine gezielte Interventionspolitik in Syrien, sondern auch Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts dem internationalen Terrorismus den Boden entziehen und langfristig Sicherheit bewirken können.